

Bundratsinitiative zur Schaffung eines modernen Einwanderungsrechts 6832

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2693

Angelika Beer [PIRATEN]: 6842

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Garg! Er hört gerade nicht zu, aber vielleicht der Kollege Kubicki. Sie haben so viel Lob von allen Seiten bekommen, dass ich zu Anfang sagen möchte: Die Rede des Kollegen Garg fand ich richtig gut. Da kann ich fast alles unterschreiben. Das Gleiche kann ich nicht zu Ihrem Antrag sagen. Insofern haben wir da Diskussionsbedarf.

Die Debatte um ein Einwanderungsgesetz in Deutschland wird seit Anfang 2000 immer wieder angestoßen. Damals hat der Bundesinnenminister der SPD, Otto Schily, sie blockiert und durch das Zuwanderungsgesetz so weit zusammengestampft, dass das Grundrecht auf Asyl weiter eingeschränkt wurde.

Jetzt kommen die Forderungen sowohl aus Teilen der CDU als auch der SPD und FDP: Wir finden das gut. - Herr Oppermann hat angekündigt, dass er das Rahmenkonzept noch im Februar vorlegen wird. Das sollte in unsere Diskussionen in den entsprechenden Ausschüssen einfließen.

Aus unserer Sicht gilt es, erst einmal festzustellen: Eine Chance auf Asyl in Deutschland hat nur, wer als politisch verfolgt gilt. Sogenannte Armutsfüchtlinge haben kaum eine Chance. Dabei sind auch unter diesen Flüchtlingen viele Studenten und Fachkräfte oder arbeitsfähige und -willige Menschen, die in diesem Land einen wertvollen Beitrag leisten könnten und wollten, wenn sie dürften. Wer eine moderne Einwanderungspolitik fordert, muss auch Menschen berücksichtigen, die konkrete Hilfe in akuter Not benötigen. Diese kann und darf man nicht einfach aussortieren, weil sie vordergründig kaum oder gar keine persönlichen oder beruflichen Qualifikationen aufweisen, um aktiv zum Bruttoinlandsprodukt beizutragen. Diese kann man auch nicht aussortieren, und wir wollen sie nicht aussortieren, weil sie keinen politischen, sondern einen persönlichen Fluchtgrund haben, den wir ebenfalls anerkennen. Alle Menschen können, wenn man sie an die Hand nimmt, nicht nur vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in unserem Land wertvolle Teile unserer Gesellschaft werden, wenn sie es denn wollen und wenn man sie fordert sowie fördert und dabei auf die einzelnen Individuen eingeht.

Dabei gilt es zu verinnerlichen, dass nicht nur Krieg ist, wenn Bomben fallen. Auch die Flucht vor Hunger oder Folter treiben Menschen dazu, ihr Heimatland und das ihnen

vertraute Umfeld zu verlassen, weil sie um ihr Überleben kämpfen, weil sie für sich und ihre Kinder in ihrem Heimatland keine Perspektiven mehr sehen.

Die Öffnung des Landes für Migranten und Flüchtlinge aus der ganzen Welt und deren Auswahl darf nicht ausschließlich auf der Grundlage individueller Voraussetzungen, die sich an gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Zielvorgaben orientieren, erfolgen. Da habe ich ein Fragezeichen beim Antrag der FDP. Ich kann die Bemerkungen des Kollegen Stegner dazu voll unterstreichen. Eine Öffnung ausschließlich an Wertschöpfungsprozessen orientiert, eine Willkommenskultur nur für Eliten, wird es mit uns PIRATEN jedenfalls nicht geben.

Hierin - wenn wir zurückschauen; ich habe das Jahr 2000 schon erwähnt - liegt der Fehler der bisherigen Änderungen der Gesetze im gesamten Zuwanderungsbereich. Sie sind immer nur diskutiert und beschlossen worden, wenn es wirtschaftliche Interessen gab. Es gab nie eine Gesamtanalyse, was wir brauchen, was die Menschen brauchen und was wir als solidarische Staatengemeinschaft brauchen, sondern man hat das immer aus eigenem Kalkül gemacht. Dieses politische Kalkül möchten wir in der vor uns liegenden Diskussion nicht.

Genau diese Fragen werden wir bei unserer Bewertung der Vorschläge, die die FDP als Bundesratsinitiative eingebracht hat, stellen. Jedem Vorschlag, der zwischen „guten“ und „schlechten“, zwischen „produktiven“ und „bildungsfernen“ Flüchtlingen unterscheiden möchte, jedem Schnellschuss, der einen Keil zwischen dem ausländischen Facharbeiter auf der einen und dem hungerleidenden Wirtschaftsflüchtling auf der anderen Seite treibt, werden wir entschieden widersprechen.

Der FDP-Antrag - das kann ich mir sparen; der Kollege Garg hat zum Glück schon darauf hingewiesen - sieht einen Auswahlmodus der Migranten nach einem Punktesystem nach kanadischem Vorbild vor. Das kanadische Punktesystem hat sich in der vorliegenden Form nicht als effizient erwiesen. Jetzt eine Bundesratsinitiative nach dem kanadischen Punktesystem zu fordern, greift für uns zu kurz. Das werden wir im Ausschuss diskutieren. Das habe ich so auch verstanden.

Trotzdem will ich sagen: Wir haben in Deutschland in Form des aktuellen Aufenthaltsgesetzes pro forma so etwas wie ein Einwanderungsgesetz. Dieses verfügt schon jetzt über wesentlich unbürokratischere und flexiblere Funktionen, als ein Punktesystem jemals haben könnte. Mit dem Aufenthaltsgesetz wird schon heute bei uns Zuwanderung ermöglicht und gestaltet, gerade bei der Arbeitsmigration.

Wir haben diverse Maßnahmen auf der europäischen Ebene - deswegen begrüßte ich den Vorschlag, diesen Antrag in den Europaausschuss zur Mitberatung zu überweisen -, die bis heute flexibilisiert worden sind. Ich nenne als Stichpunkte nur die Blue Card der Europäischen Union, um ein Visum zur Arbeitsplatzsuche zu bekommen. Wir haben Programme wie ERASMUS Plus zur Verfügung, um Studium und Ausbildung zu ermöglichen. Bei der grenzübergreifenden Suche gibt es das Jobportal EURES. Das Anrechnungs- und Übertragungssystem European Credit Transfer System sorgt für die

Anerkennung von Studienleistungen. Der Europass-Berufsausbildung steht ebenfalls zur Verfügung.

Ich will nicht sagen, dass all diese Instrumente ein Einwanderungsgesetz ersetzen, ich will aber damit sagen, dass wir in Deutschland keine nationalstaatliche Lösung und keine Bundesratsinitiative brauchen. Stattdessen wünschen wir uns, dass eine gesellschaftliche Debatte über unsere nationalstaatlichen Grenzen hinaus stattfindet, dass wir eine europäische Debatte dazu führen und dann eine Antwort finden, die uns tatsächlich nach vorne bringt.

Die OECD ist erwähnt worden. Das ist ein gutes Zeichen. Ich teile die Sorgen, dass das positive Ansehen Deutschlands im Moment droht, ein wenig beschädigt zu werden. Ich bin mir aber auch sicher, dass eine starke Demokratie wie bei uns im Land den Rechtspopulisten und Rechtsextremisten klare Grenzen ziehen und ihnen deutlich machen wird, dass sie bei uns keinen Platz haben.

Kollege Stegner hat die Integrationsministerkonferenz angesprochen. Insgesamt hat er sie angesprochen. Ich habe mir noch einmal die Resolution von 2014 durchgelesen. Ich glaube, dort sind ganz wesentliche Elemente festgehalten, die wir in die Beratung einbeziehen sollten. Wenn sich alle Bundesländer diese Resolution von 2014 zu eigen machen würden, wären schon viele Bereiche der Probleme der Einwanderung gelöst. Auch dort möchte ich nicht unbedingt ein neues Gesetz, sondern tatsächlich das, was wir an Fundus haben, erst einmal umsetzen. Schleswig-Holstein ist auf einem guten Wege, aber nicht alle Bundesländer teilen diese mehrheitlich gefasste Resolution.

Ich bin gespannt, wann wir eine Regierungserklärung zur Integrationskonferenz 2015 bekommen. Diese Konferenz wird im März bei uns in Kiel stattfinden, weil Schleswig-Holstein im Moment den Vorsitz hat.

Ich habe gestern schon bei der Debatte über Zuwanderung auf die Gründe hingewiesen, aus denen Flucht auch aus dem Kosovo erfolgt. Da teile ich die klare Aussage der SPD und bin froh darüber. Wenn wir wissen, dass gerade Jugendliche im Kosovo, die mit Begeisterung die Universität in Tetovo stürmen, weil sie dort lernen und sich bilden können, hochqualifiziert ausgebildet sind und trotzdem keinen anderen Weg sehen, als das Kosovo zu verlassen, um im europäischen Ausland oder gerade auch in Deutschland überleben zu können, dann können wir keine Politik unterstützen, die sagt: Kommt doch, ihr seid toll, ihr seid gebildet, ihr könnt wahrscheinlich sogar Deutsch - die Kosovoalbaner haben eine große Affinität zu unserer Sprache oder zur Schweiz -, nein, da müssen wir auch ganz ehrlich sagen: Natürlich könnt ihr kommen, aber wir wünschen euch, uns und vor allen Dingen dem Kosovo, dass ihr mit den Vorteilen des Aufenthalts bei uns auch zurück in euer Land geht, das ihr liebt.

Wir sehen uns in der Verpflichtung, die Situation in den Herkunftsländern zu verbessern. Auch das gehört für mich zu einer Integrations- und Einwanderungspolitik, die glaubwürdig ist.

Zum Ende: Wir denken, dass wir vielleicht auch über eine gemeinsame Anhörung des Europaausschusses und des Innen- und Rechtsausschusses diskutieren sollten, um uns verschiedene Modelle näherbringen zu lassen. Aber was dabei herauskommen sollte, ist aus meiner Sicht eine ganz breite gesellschaftliche Diskussion, um dann im breiten Konsens mit allen Parteien - ich habe die Rede der CDU nicht so verstanden, dass sie das ausschließen würde - die Maßnahmen zu konkretisieren, die unser Land, die die Menschen und die Flüchtlinge heute brauchen. - Danke für die Aufmerksamkeit.

Beschluss:

Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss und den Europaausschuss